

Pressemeldung 15.09.2017

Neue Gewerbegebiete an der Lageschen Straße Demonstration auf der B239 am 17.09.2017, Weitere Klagen eingereicht

Am Sonntag den 17.09.2017 hat das "Aktionsbündnis: Schützt Menschen und Tiere im Detmolder Westen" einen Demonstrationszug mit Kundgebung auf der für ca. drei Stunden gesperrten Lageschen Straße (B239) organisiert. Treffpunkt: Kreuzung Nordring/Ecke Klingenbergstraße ab 11:00 Uhr. Die Polizei sperrt für den Zeitraum der Veranstaltung die Bundesstraße.

Verschiedene Politiker und Umweltschützer wurden angefragt, um auf der Protestveranstaltung zu sprechen. Zugesagt haben bislang: *Ute Koczy* (Bundestagsabgeordnete der Grünen), *Bernd Milde* (Vorsitzender des Naturschutzbundes NABU) und *Rainer Heller* (Bürgermeister der Stadt Detmold).

Nachdem die Stadt Detmold trotz vielfältiger und anhaltender Proteste gegen die drei neu geplanten Gewerbegebiete an ihren Plänen festhalten will und die Anwohner seit fast einem Jahr auf den versprochen Gesprächstermin "Zukunft der Westdörfer" mit Bürgermeister Rainer Heller warten, reicht es jetzt den Betroffenen. 2.000 Kraftfahrzeugfahrten täglich (An- und Abfahrt zum Gewerbegebiet) prognostizierte Uwe Rosemeier auf der Veranstaltung vom 26.09.2016 in der Oetternbachschule und das zusätzlich zu dem Verkehr, der jetzt schon besteht. Das ist unakzeptabel und nicht zumutbar, in einem beständig wachsenden Ortsteil, in dem viele Familien mit Kindern leben.

Unter dem Motto: "Wir machen Krach für den Oetternbach" setzen sich die Bürgerinnen und Bürger für den Schutz des Naturschutzgebietes Oetternbach ein und gegen die Flächenversiegelung durch drei neue geplante Gewerbegebiete.

"Es ist unfassbar, dass die fünfstündige Diskussion am 26.10.2016 in der Oetternbachschule mit mehr als 100 Teilnehmern aus den umliegenden Dörfern bei den politisch Verantwortlichen nichts bewegt hat. Die Menschen in der Region sind schon jetzt durch Verkehrs- und Gewerbelärm stark belastet. Das gibt die Stadt Detmold selbst zu. Anstatt zu entlasten, bürden die Politiker den Anwohnern noch höhere Belastungen auf und rauben der Region die letzten Erholungsflächen für Menschen und Tiere. Das ist ungerecht und dagegen wehren sich immer mehr Menschen. Wir wollen Gehör und darum gehen wir auf die Straße.", erläutert Helmut Krüger, als Vorsitzender vom Aktionsbündnis.

Neben den verstärkten Protesten der Bürgerinnen und Bürger wurden ein weiteres Normenkontrollverfahren und ein Eilantrag beim Oberverwaltungsgericht Münster eingereicht. "Den Menschen hier ist es bitter ernst. Noch mehr Belastungen sind für die Region nicht tragbar. Deshalb werden wir alle Mittel ergreifen, die in unserem demokratischen Rechtsstaat möglich sind, um eine ökologische Katastrophe zu verhindern.", erklären die Vorstandsmitglieder des Aktionsbündnis.

Yvonne Finger
Stellv. Pressesprecherin
Aktionsbündnis „Schützt Menschen und Tiere im Detmolder Westen“